Montag, 30. November 2020

Pressemitteilung

Thüringer Bürgerallianz wird 25

Vor einem Jahr beschloss der Thüringer Landtag die gesetzliche Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Seit 25 Jahren haben dafür die Bürgerinitiativen für sozial-gerechte Kommunalabgaben gestritten und gekämpft. Politische Unterstützung gab es dabei von Anbeginn von der PDS (heute DIE LINKE).

1995 schlossen sich über 250 Bürgerinitiativen zur Thüringer Bürgerallianz für sozial-gerechte Kommunalabgaben zusammen. Dadurch wurden die Kräfte gebündelt und gerade auf Landesebene hatten die örtlichen Bürgerinitiativen mit der Bürgerallianz eine starke Vertretung.

In diesen 25 Jahren gab es auch immer wieder Situationen, da stellte sich die Frage, ob sich der Kampf gegen die Straßenausbaubeiträge überhaupt lohnt. Zu massiv hielten CDU und SPD an diesen Finanzierungsmodell aus dem 19 Jahrhundert fest. Selbst ein erfolgreicher Antrag für einen Volksentscheid, den die Bürgerallianz initiiert hatte, führte nicht zum Ziel. Die damalige CDU-SPD-Landesregierung klagte gegen diesen Antrag und das Verfassungsgericht gab der Klage statt. Nach der Thüringer Landesverfassung dürfen die Bürgerinnen und Bürger in Thüringen eben nicht über Sachverhalte, die mit Geld verbunden sind, abstimmen.

Mit dem Regierungswechsel Ende 2014 zu Rot-Rot-Grün wuchsen jedoch die Chancen für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Die SPD tat sich zwar immer noch schwer, jedoch beschlossen 2017 und 2018 andere Bundesländer, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen, so Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Damit war auch der Weg in Thüringen für die Abschaffung geebnet.

Seit 2015 haben LINKE, SPD und Grüne die Bürgerallianz als Fachverband anerkannt. Dadurch ist die Bürgerallianz auch bei Gesetzgebungsverfahren als Sachverständige beteiligt.

Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge war aber nicht der einzige Erfolg der Bürgerallianz.

2005 wurden auf Druck der Bürgerinitiativen die Wasserbeiträge in Thüringen gesetzlich abgeschafft. Bereits gezahlte Wasserbeiträge in Höhe von rund 180 Mio. EUR wurden an die Bürgerinnen und Bürger zurückgezahlt. Zeitgleich wurden die Abwasserbeiträge bürgerfreundlicher ausgerichtet. Bei großen Flächen wurde eine Begrenzung eingeführt. Es wurde ab 2005 nur noch die tatsächliche und nicht mehr die mögliche Bebauung berechnet und unbebaute Grundstücke bleiben bis zur tatsächlichen Bebauung beitragsfrei. Über 300 Mio. EUR Abwasserbeiträge wurden durch diese Änderungen bisher nicht fällig und über 80 Mio. EUR wurden an die Beitragspflichtigen wieder zurückgezahlt.

Auch die Einführung der Verbraucherbeiräte bei den Wasser- und Abwasserzweckverbänden war und ist ein Erfolg der Bürgerinitiativen und der Bürgerallianz.

Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V. • eingetragen Amtsgericht Pößneck unter Vereinsregister-Nr. VR 240535
Vorsitzender: Frank Kuschel – Am Dornheimer Berg 27 - 99310 Arnstadt –M 0170 47 06 198 - E-Mail: frankkuschel@gmx.de
Internet: www.Buergerallianz.de E-Mai: BA-Kontakt@Buergerallianz.de
Bankverbindung: IBAN: DE 43 8405 5050 0000 1902 41 - Bank: Wartburg-Sparkasse

Seit Februar 2020 ist Frank Kuschel aus Arnstadt Landesvorsitzende der Bürgerallianz. Vorher führten u.a. Peter Hammen aus Schmalkalden, Jens Petermann aus Arnstadt und Wolfgang Kleindienst aus Pößneck den Dachverband.

Diese Erfolge sollten 2020 mit den Mitstreitern und Partnern aus Anlass des 25jährigen Bestehens der Bürgerallianz gefeiert werden. Doch die Corona-Pandemie ließ dies nicht zu. Jetzt bleibt die Hoffnung, dass 2021 die Feier nachgeholt wird.

Bis dahin arbeitet die Bürgerallianz, schon seit längerem auch in Kooperation mit dem Verband der Deutschen Grundstücksnutzer (VDGN), weiter. Schwerpunkte sind die Umsetzung der vom Landtag in Aussicht gestellten Härtefallregelung für noch zu erhebende Straßenausbaubeiträge aus den Jahren 2015 bis 2018 und die Klärung der sogenannten Kleinkläranlagenprobleme im ländlichen Raum.

Frank Kuschel
Vorsitzender der Thüringer Bürgerallianz
für sozial-gerechte Kommunalabgaben